



Für einen sozialen Bildungspakt und mehr Geld

Interview der Woche von Nele Hirsch, 05. Dezember 2007

Am 4. Dezember 2007 legte die OECD offiziell die dritte PISA-Studie vor. Nele Hirsch, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, äußert sich im Interview besorgt über die Ergebnisse und die Ignoranz der deutschen Bildungspolitik gegenüber den Problemen des gegliederten Schulsystems und dessen selektive Wirkung.

Die PISA-Ergebnisse liegen nun endlich auf dem Tisch. Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen Erkenntnisse?

Wer wenig Geld oder einen Migrationshintergrund hat, wird auch sechs Jahre nach dem ersten PISA-Skandal im deutschen Bildungssystem noch immer abgehängt und fallengelassen. Das bundesdeutsche Schulsystem ist ungerecht und sortiert aus. Vielen jungen Menschen werden Zukunftsperspektiven verbaut. Besonders hart trifft dies Kinder der so genannten 2.

Generation, die also selbst in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, deren Eltern aber zugewandert sind. Bildungsarmut wird hierzulande

vererbt. Bei gleicher Leistung besuchen Kinder von Hochschulabsolventinnen und -absolventen fast dreimal häufiger das Gymnasium als Kinder aus bildungsdiskriminierten und finanzschwachen Haushalten.

Trotzdem ist es doch erfreulich, dass die Leistungen insbesondere in den Naturwissenschaften so deutlich gestiegen sind.

Selbstverständlich ist dies erfreulich. Für mich ist es jedoch weniger entscheidend, ob deutsche Schülerinnen und Schüler auf Platz 5, 13 oder 40 liegen. Entscheidend ist doch das dramatische Abschneiden in Punkto soziale Ungleichheit. Alle bisher veröffentlichten PISA-Untersuchungen belegen, dass Deutschland Weltspitze darin ist. Ein punktuell besseres Abschneiden im PISA-Test ist für mich kein Erfolg, wenn dabei so viele junge Menschen weiterhin auf der Strecke bleiben.

Welche Schlüsse ziehen Sie aus den PISA-Befunden? Wie müsste das deutsche Bildungssystem nach ihren Vorstellungen gestaltet sein?

DIE LINKE macht sich für eine grundlegende Schulreform stark. Wir brauchen eine Schule, die alle Kinder und Jugendlichen aufnimmt und ein längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Dies ist ein Schritt, die gesellschaftliche Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung zu beenden. Notwendig sind integrative Schulen, die alle Kinder und Jugendlichen optimal fördern. Die Veränderungen müssen notwendigerweise über die Frage der bloßen Schulform hinausgehen und zu einer neuen Kultur des Lehrens und Lernens führen.

Welche Rolle sollen dabei die Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen spielen?

Lehrerinnen und Lehrer müssen ihren Unterricht sehr viel stärker auf heterogene Lerngruppen ausrichten, entsprechende pädagogische Konzepte müssen weiterentwickelt und in die Praxis umgesetzt werden. Integratives Lernen im bewussten Umgang mit der Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler bietet die Chance, dass im gemeinsamen Lernprozess sowohl Kinder mit schwächeren Lernleistungen und schlechteren Lernausgangslagen als auch leistungsstarke Kinder gleichermaßen profitieren. Eigenständiges Arbeiten, das Arbeiten in Gruppen, die gegenseitige Unterstützung der Schülerinnen und Schüler oder Team-Teaching sind Stichworte für moderne Lehr- und Lernmethoden, die unterschiedliche Lernformen und -tempi der einzelnen Kinder und Jugendlichen anerkennen und neben dem reinen Fachwissen umfangreiche soziale Kompetenzen vermitteln. Solche Ansätze sind ohne eine Reform der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer nicht denkbar. Neben dem Studium und dem Referendariat sollten hierbei gerade auch Möglichkeiten der Fortbildung von bereits erwerbstätigen Lehrerinnen und Lehrern in den Blick genommen werden.

Ihre Vorschläge sind nur mit hohem finanziellen Aufwand zu schultern. Wie soll das angesichts knapper Kassen der Kommunen funktionieren?

Das ist richtig: Unsere Vorschläge erfordern mehr Geld für Bildung. Um den zusätzlichen Finanzbedarf in unserem Bildungssystem genauer zu beleuchten, hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches sowohl die derzeitige Situation als auch Alternativen und Perspektiven aufzeigt. Im Rahmen der Föderalismusreform II haben wir die Forderung nach einem nationalen Bildungspakt in die Debatte eingebracht. Wenn Deutschland, das gegenwärtig ca. 102 Milliarden Euro

für öffentliche Bildung ausgibt, an das Niveau der skandinavischen Staaten, die die Weltspitze bestimmen, anknüpfen will, müsste es seine öffentlichen Bildungsausgaben auf einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von deutlich über 6 Prozent steigern. Dies entspräche einem finanziellen Handlungsbedarf von mehr als 40 Milliarden Euro. Diese Anstrengung kann nur von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam gemeistert werden. Wir brauchen einen sozialen Bildungspakt.

linksfraktion.de, 5. Dezember 2007